**Rede zur Einbringung der Haushaltssatzung 2027 mit Investitionsprogramm durch BM Spogat am Donnerstag, 05. November 2026 um 19:00 Uhr, im Rathaussaal Fritzlar**

Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordnete, verehrte Gäste,

wenn ich Ihnen heute den Haushaltsentwurf für unsere Stadt mit ihren zehn Stadtteilen für das Jahr 2027 vorlege, dann müssen wir vor allem eins feststellen: **die finanziellen Herausforderungen werden größer** und es ist gleichzeitig festzustellen, dass die Städte und Gemeinden unter einem beispiellosen Druck stehen. Hinzu kommt, dass Bund und Land den Städten und Gemeinden weiterhin neue Aufgaben übertragen, ohne die dafür notwendigen finanziellen Mittel vollständig bereitzustellen. Das kann auf Dauer nicht funktionieren. Fritzlar hat daher am 22.06.2026 am Aktionstag




**„KOMMUNEN AM LIMIT“** teilgenommen. Hier haben bundesweit Städte und Gemeinden auf ihre finanzielle Situation aufmerksam gemacht. Dies ist in Bund und Land angekommen. Es wurde sich geeinigt, dass alle künftigen Bundes-gesetze auf die Folgekosten geprüft werden und diese zu 80 % vom Bund getragen werden. Dies gilt aber nur für Gesetze, die ab 01. Oktober dieses Jahres in Kraft treten. Wir müssen also abwarten, wie die Vereinbarung wirkt und ob nicht etwa das Land etwa Kürzungen bei der Finanzausstattung der Kommunen vornimmt. Fakt ist, auf den bestehenden Kosten bleiben wir komplett sitzen. Ich kann heute schon sagen, es ist **„5 Minuten nach 12“**. Trotzdem wollen wir in eine attraktive und zukunftsfähige Stadt investieren. Wir wollen gute Kindertagesstätten, leistungsfähige Feuerwehren, intakte Infrastruktur wie Gemeinschaftshäuser, Straßen, Wege, gepflegte öffentliche Gebäude. Alles in allem lebendige Stadtteile mit einer starken historischen Kernstadt, die nach wie vor viele Gäste und Besucher in unsere Stadt zieht. Aber, um dies zu erreichen, brauchen wir viel Geld. Entscheidende Frage ist deshalb nicht, ob wir investieren, sondern wie wir mit den begrenzten finanziellen Mitteln verantwortungsvoll umgehen.

Meine Damen und Herren, nicht alles, was sich toll anhört, ist auch finanzierbar. Dies haben wir uns in Magistrat und Verwaltung in der Haushaltsaufstellung für das kommende Jahr immer vor Augen geführt. Ich lege Ihnen heute einen Entwurf vor, der vom Magistrat einstimmig beschlossen wurde. Der Haushalt für nächstes Jahr ist genehmigungsfähig, aber nur, weil wir bilanzielle Rücklagen vorweisen können, es handelt es sich hier nicht um tatsächliche Gelder, sondern, da in den vergangenen Jahren ausgeglichene Haushalte vorgelegt werden konnten, haben sich bilanzielle Rücklagen angesammelt. Bereits der Haushalt 2026 stand unter großem finanziellem Druck, ein Defizit von knapp einer Million war eingeplant. Das Defizit in 2027 allerdings wird bei rund 2,6 Millionen EURO liegen. Das zeigt, der finanzielle Handlungsspielraum ist enger denn je. Der Hessische Finanzminister hat bei seiner Einbringung des Haushaltes 2027 davon gesprochen, dass wir unsere Bürger auf das Sparen einstimmen müssen. Auch in den kommenden Jahren werden Finanzlücken in Milliardenhöhe entstehen. Die Wirtschaft leidet an anhaltenden Wachstumsschwächen und auch das spüren wir bei uns in Fritzlar.

Die Erträge bei den **Gewerbesteuern** gehen zurück. Steigende Personal- und Energiekosten, steigende Kosten für die **Kinderbetreuung** und die Belastung durch die Umlagen des Landkreises treffen Fritzlar ebenso wie andere Kommunen. Beunruhigend an der aktuellen Finanzlage sind insbesondere zwei Dinge: ihr Ausmaß und das sie nicht die Folge eines einmaligen Ereignisses ist. Sie ist strukturell bedingt und wird auch nicht verschwinden, wenn die Wirtschaft wieder wächst. Somit ist klar, dass die Kommunalfinanzen grundlegend neu geordnet werden müssen. Der Schritt der Bundesregierung, den Umsatzsteuer-anteil für Kommunen zu erhöhen, war daher richtig und gut, auch wenn er zunächst nur für zwei Jahre vorgesehen ist. Wir fordern, dass der Anteil der Kommunen am Finanzausgleich erhöht wird, um die Finanzierungslücken annähernd schließen zu können. Im laufenden Jahr gab es in Hessen so schon eine einmalige Sonderzuweisung. Aber wir dürfen auch künftig die Verantwortung nicht ausschließlich nach Berlin oder Wiesbaden weiterreichen, sondern müssen selbst unsere Hausaufgaben machen – dies betrifft mich, die Verwaltung sowie auch Sie als kommunalpolitisch Verantwortliche für diese Stadt. Was bedeutet das konkret? Das heißt zum Beispiel, dass wir bei größeren Investitionen prüfen müssen, ob diese langfristig notwendig und auch finanzierbar sind. Dabei helfen uns die Fördermittel aus dem Sondervermögen des Bundes, die müssen aber weiterhin konsequent genutzt werden. Fritzlar erhält aus dem Infrastrukturvermögen des Bundes rund 5,5 Millionen Euro. Im laufenden Jahr ist bereits ein Abruf von 400.000 Euro geplant. In 2027 haben wir einen Abruf von 2 Millionen Euro vorgesehen und in den Haushalt aufgenommen. Dies hilft uns, geplante Investitionen zu finanzieren.

Bei der Sanierung städtischer Gebäude müssen wir weiter vorausschauend planen und Energie sparen. Wie Ihnen bekannt ist, sind wir hier schon weit und haben insbesondere in LED-Technik, PV-Anlagen oder neue Heiztechnik investiert.



Seit vergangenem Montag arbeitet der neue **Klimaschutzmanager** an den Themen der Zukunft, nämlich dem Umgang mit dem **Klimawandel** und den erneuerbaren Energien. Zunächst wird er aber auf Grundlage der vorgestellten Ist-/+ Potenzialanalyse die kommunale Wärmeplanung für Fritzlar und das Klimaschutzkonzept zu bearbeiten haben.
Die Stelle ist für zwei Jahre befristet und ich erhoffe mir zukunftsweisende Impulse.

Weitere Energieeinsparung ist auch das Thema im **Freibad**. Nach den bereits ausgetauschten Pumpen werden wir nochmals ca. 200.000 EURO in sogenannte Umwälzpumpen investieren. Wir rechnen mit über 30.000 kWh zusätzlicher Stromeinsparung.
Die Bundesförderung soll ca. 40 % betragen, um weiter energieeffizient unser schönes Freibad zu betreiben. Es sind die letzten Pumpen dieser Art, die getauscht werden sollten. Vor 4 Jahren hatten wir mit dem Austausch bereits begonnen.

Zu den Herausforderungen der Zukunft gehört sicherlich auch der **Abschluss des Breitbandausbaus**. Wie ich bereits informiert hatte, haben wir vor die sogenannten „grauen Flecken“, das heißt, die nicht versorgten Gebiete in der Kernstadt und den Stadtteilen (voraussichtlich Geismar, Werkel u. Züschen) noch zu erschließen, ein Förderantrag wurde beim **Bundesdigitalministerium** vorgelegt. Geschätzt soll dieser Ausbau ca. 8 Millionen Euro kosten, davon fördern Bund und Land 90%. Sollten wir den Zuschlag im kommenden Jahr erhalten, werden wir in 2028/2029 ca. 10 Prozent, das heißt, eine knappe Million Euro, für den notwendigen Glasfaserausbau investieren müssen. Dies belastet uns, wie auch andere Kommunen, ist aber notwendig um wettbewerbsfähig und für die Zukunft gut aufgestellt zu sein. Bleiben wir bei der Digitalisierung: In der Verwaltung müssen wir sie insbesondere dort vorantreiben, wo sie dauerhaft Kosten und Arbeitsaufwand reduziert. Aber dies wird auch finanzielle Mittel bedingen. Eine konsequente und fachlich wichtige Aufgabe ist die Stellennachbesetzung bei uns im Rathaus. Wir stellen heute schon fest, dass wir dort ebenso vor neuen Herausforderungen stehen. Stichwort: Arbeitskräftemangel: Bereits in den letzten Jahren haben wir durch die Ausbildung und Einstellung von Quereinsteigern Lücken füllen können. Ob uns zukünftig beim Arbeitsaufwand die Künstliche Intelligenz unterstützen und entlasten kann, muss objektiv betrachtet werden. Auch wenn wir uns gut für die Zukunft rüsten - es kommen zusätzliche Belastungen hinzu: So läuft die bisherige Defizitbeteiligung der freien Träger an den Kindertagesstätten fast vollständig aus. Schon für 2027 wird mit einem Defizit von rund 5,6 Millionen Euro bei der **Kinderbetreuung** gerechnet. Mit einer höheren Beteiligung durch Bund und Land können wir nicht rechnen. Damit wird deutlich: Die Kinderbetreuung ist nicht nur eine gesellschaftliche, sondern auch eine der größten finanziellen Aufgaben unserer Stadt. Gute Betreuung, gute Bildung und gute Rahmenbedingungen für Familien sind keine freiwilligen Luxusleistungen. Sie sind eine Investition in die Zukunft unserer Stadt. Der Standard muss also gewahrt, an die aktuellen Bedürfnisse aber angepasst werden. Im Bereich des laufenden Sachaufwands hat auch uns die allgemeine Inflation getroffen. Dies hat flächen-deckend zu höheren Ausgaben geführt – insbesondere in den Bereichen Strom und Wärme sowie Treibstoffe, aber auch mittelbar durch gestiegene Materialkosten. Bei allen Einsparbemühungen müssen wir eine funktionsfähige Verwaltung vorhalten. In Gesprächen mit den Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern haben wir die Problematik vorgetragen. Daher wurden im Haushalt 2027 bereits die erforderlichen Mittel auf ein Mindestmaß reduziert. Lassen sie mich hier aber ergänzen, dass in den Stadtteilansätzen die Anmeldungen für die laufenden Ausgaben, in teils enger Absprache, auf die Beträge gesetzt, die in den letzten 4 Jahren auch tatsächlich ausgegeben wurden. Somit ist hier nichts gestrichen worden. Die Anmeldungen wurden, wie in der gesamten Verwaltung, den tatsächlichen Bedürfnissen angepasst. Allerdings müssen wir einige Positionen im kommenden Jahr auf ihre Verhältnismäßigkeit hinterfragen. Ich werde in einer Ortsvorsteherbesprechung Modelle aufzeigen.





**Einnahmen und Steuern:** Natürlich müssen wir auch über die Einnahmeseite sprechen. Neben steigenden Ausgaben treffen uns auch die Auswirkungen des „Wachstums-Boosters“. Steuererleichterungen für die Gewerbebetriebe führen zu Steuerausfällen für die Städte. Ebenso die Reduzierung der Umsatzsteuer – wie zum Beispiel in der Gastronomie. Ausgeglichen werden soll dies durch den höheren Anteil an der Umsatzsteuer. In den Steuerprognosen wurde dies berücksichtigt und damit auch in den Haushalt aufgenommen. Das kann aber nicht ausgleichen, dass die Gesamteinnahmen in Bund und Land rückläufig sind. Wir spüren das bei der stark sinkenden Schlüsselzuweisung. Hier fehlen uns im nächsten Jahr rund 600.000 Euro gegenüber 2026. Auswirkungen hat auch der Zensus 2022, der erstmals im Finanzausgleich 2027 berücksichtigt wird und in dem Fritzlar gut 600 Einwohner weniger zugeordnet wurden. Eine weitere Lücke entsteht voraussichtlich durch die Mehrabgaben an den Landkreis für die Kreis- und Schulumlage, diese wird uns nochmals mit ca. 400.000 Euro belasten. Der Finanzhaushalt - sprich die Mittel für Investitionen - sieht Kreditaufnahmen von 2,5 Millionen Euro vor. Und trotzdem: Auch in der schwierigen Ausgangslage hat sich der Magistrat entschieden, im kommenden Jahr keine Anhebung von Steuern, Gebühren oder Beiträgen vorzuschlagen. Sie belasten Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Unternehmen. Deshalb gilt: Solide Haushaltspolitik bedeutet nicht, jede Einnahmequelle maximal auszuschöpfen.

Solide Haushaltspolitik bedeutet, Einnahmen und Ausgaben dauerhaft in ein vernünftiges Verhältnis zu bringen. Investieren trotz angespannter Haushaltslage. 2027 muss deshalb das Jahr der Prioritäten sein. Wir müssen unterscheiden zwischen dem, was notwendig ist, dem, was sinnvoll ist, und dem, was vielleicht noch einige Jahre warten kann.



**Die Straßenbauprojekte in 2027** werden überwiegend Maßnahmen sein, die wir gemeinsam mit den Versorgungsträgern durchführen – in diesen Straßen ist also neben dem Kanal und der Fahrbahn auch dringender Sanierungsbedarf der Wasser- und Stromleitungen. Bei den Stadtteilen hat **Lohne** in Sachen Kanal- und Straßenbau den größten Anteil; der Endausbau „Hasenberg“ soll umgesetzt werden und die Kanalsanierung im Stadtteil geht weiter – zunächst Investitionen von 530.000 Euro. Da die Planungen für den **Radweg Lohne - Haddamar - Fritzlar** noch einige Zeit in Anspruch nehmen werden, gehen wir bei diesem Projekt von einer

Umsetzung erst im übernächsten Jahr aus. Hier müssen wir realistisch sein, auch wenn Viele auf den neuen Radweg warten. In **Werkel** wird die Sanierung der Kreisstraße K 79 „Wehrener Straße“ nun doch auf 2027 verschoben, seit gestern liegt die Mitteilung von Hessen Mobil vor. Der Ausbau des „Goldbach“ sollweiter geplant werden, die Bauphase soll sich in 2028-2029 anschließen. Ebenso in der Planung ist der barrierefreie Umbau von Bushaltestellen, hier an der „Obermöllricher Straße. Es sind Planungskosten zunächst in Höhe von 30.000 € in den Haushalt aufgenommen worden. **Cappel** wird auf den Ausbau des „Brandwegs“ warten müssen. Auch hier müssen wir noch die Planungen abschließen und können erst in 2029 die Bauphase vorsehen. Das größte und sehr kurzfristig aufgenommene Projekt in der **Kernstadt** wird der „Bleichenweg“ sein - für die Planung sind 30.000 € vorgesehen.
Die Gesamtkosten betragen ca. 2 Millionen Euro für Kanal- und Straßenbau. Die weiteren Versorger (Wasserverband und EWF) drängen hier auf eine schnelle Sanierung, dort können wir dann beim Straßenbau Geld sparen. Vergleichsweise gering erscheint der Aufwand für die „Gießener Straße“ mit rund 300.000 Euro.



**Im Hochbau** wird es im nächsten Jahr überwiegend um die Weiterführung begonnener Projekte gehen. Hierzu zählt die **Rathaussanierung**, die vom Erdgeschoss mit Empfang und Bürgerbüro über die weiteren Etagen mit Rathaussaal, Standesamt, Ordnungsamt und Fachbereich Zentrales abgeschlossen ist und nun unter dem Dach mit der Bauverwaltung und der anschließenden Dachsanierung den Abschluss finden soll. Die Kolleginnen und Kollegen haben Ende September die Büros geräumt. Jetzt läuft die Sanierungsphase. Wir haben uns dann vom Keller bis ins Dach vorgearbeitet um ein zeitgemäßes, zukunftsfähiges Verwaltungsgebäude herzustellen. Bei den Rohbauarbeiten im Bauamt sind allerdings asbesthaltige Materialien festgestellt worden. Die Planungen für die **Obdachlosenunterkunft im Neuen Weg** haben ergeben, dass Sanierungen in größerem Umfang erforderlich werden. Es wird mit Kosten in Höhe von 200.000 Euro gerechnet, um die Räume herzurichten – wenn auch nach einfachstem Standard. Wie schnell Ausweichwohnraum benötigt wird, wissen wir spätestens seit den beiden Bränden in der Kernstadt am 23. Mai und 19. Juli. Bei beiden Bränden wurden mehrere Bewohner obdachlos, am 19. Juli kam für einen 16-Jährigen jede Hilfe zu spät. An dieser Stelle möchte ich mich noch einmal für die große Welle der Hilfsbereitschaft bedanken. Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle noch einmal den Rettungskräften von der Feuerwehr (insbesondere dem anwesenden Stadtrat sowie Wehrführer Torben Stehl, der wann immer möglich, als Einsatzleiter 24/7 zur Verfügung steht) und dem Rettungsdienst für ihr schnelles Eingreifen vor Ort. Ich denke, mit unserer Ehrenamts-förderung tragen wir einen großen Teil dazu bei, dass die Abteilungen in Kernstadt und Stadtteilen gut ausgestattet sind und durch Nachwuchsförderung auch in Zukunft motiviertes und gut ausgebildetes Personal vorhalten können.



Im Bereich **Feuerwehr** sind außerdem der Anbau an das **Feuerwehrgerätehaus in Rothhelmshausen** und die Erweiterung des Feuerstützpunkts im kommenden Jahr vorgesehen. Das **TSF-W Obermöllrich** könnte noch in diesem Jahr übergeben werden, das Tanklöschfahrzeug LF 4000 für die Kernstadt wird voraussichtlich erst im nächsten Jahr ausgeliefert. Sie sehen, wir arbeiten kontinuierlich an der Verbesserung der Ausstattung und damit auch an der Qualität der Einsatzabteilungen.
Nach Verwaltungsgebäude, Obdachlosenunterkunft und Feuerwehr komme ich zum **Bauhof**. Hier ist im kommenden Jahr der Austausch von Geräten erforderlich. Insbesondere die Anschaffung von neuen Arbeitsgeräten und eines Gabelstaplers sind dringend zu tätigen, um weiterhin die anfallenden Arbeiten erledigen zu können. Ich denke, ich spreche im Namen aller Anwesenden, dass die oft hinter den Kulissen ablaufenden Arbeiten unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Bauhof einen wertvollen Beitrag zum Leben in dieser Stadt beitragen. Ob Grünflächenpflege, Reparaturarbeiten oder die Auf- und Abbauarbeiten für unsere Feste - auf unsere Leute können wir zählen. Daher Ihnen auch an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön. Neben diesen Anschaffungen, die auch einen wertvollen Beitrag für unsere Stadt voller Leben leisten, werden wir auch das **Stadtmarketing** unterstützen. Hier verhandeln wir zurzeit eine neue Vereinbarung, gültig ab 01.01.2027, in dem wir das engagierte Team, um eine weitere Mitarbeiterin aufstocken wollen. Der Arbeitsumfang und die Administration von Veranstaltungen und Festen zeigt immer wieder, dass unsere Mitarbeiterinnen in der Touristinfo und beim Marktgeschehen mehr wie ausgelastet sind, können aber anhand der Resonanz von Veranstaltungen von Frühjahr bis zum Winter feststellen, dass sich diese Investitionen lohnen, denn wir erleben gerade in den letzten Wochen eine Miniwelle von Nachbesetzungen von Ladenlokalen, Geschäften und Dienstleistungen. Die Nachfrage nach leerstehenden Büro- und Verkaufsräumen ist weiterhin anhaltend und wir verhandeln vertraulich mit Eigentümern und optionalen zukünftigen Geschäftsinhabern. Auch der Ankauf von Hütten und Verkaufsständen wurde in diesen Haushalt mit 10.000 EURO aufgenommen.
Alle Stadtteile haben sich im Sommer wieder Gedanken zu Sanierungen und Investitionen gemacht. Ich kann an dieser Stelle nicht im Einzelnen erläutern, warum welches Projekt aufgenommen wurde oder nicht. Es ist uns auch nicht leichtgefallen, Projekte oder Maßnahmen in größerem Umfang zu verschieben. Dies betraf im Übrigen die gesamte Stadt, inklusive Rathaus und Bauhof. Umso mehr freue ich mich, dass die folgenden Maßnahmen begonnen oder umgesetzt werden können:



Die **Sportvereine** in **Züschen, Geismar und Ungedanken** erhalten Zuschüsse für die Sanierung der Sportlerheime. In Züschen kommt hinzu, dass die Stromleitungen zum Sportlerheim über eine private Grundstücksfläche verlegt sind. Hier wollen wir klare Strukturen, indem wir einen Landtausch vornehmen und ein neues Stromkabel über kommunale Flächen verlegen. Das neu ausgerufene Sportförderprogramm des Bundes könnte auch für den **Sportplatz am EXER** eine Sanierung der Anlagen nach sich ziehen. Nach einer Ablehnung in diesem Jahr, wollen wir uns für die nächste Förderperiode abermals bewerben.

In **Ungedanken** soll die verschobene Hangsicherung in der Oststraße nächstes Jahr nun umgesetzt werden. Nach neuer Kostenberechnung werden dafür 100.000 EURO ausreichen. Im Feuerwehrhaus und in der Kindertagesstätte sollen Haustüren und Fenster ausgetauscht werden.
In **Geismar** sollen neue Geräte in der Küche bestellt werden, außerdem wurde Geld für neue Vorhänge berücksichtigt.
**Cappel** benötigt im Gemeinschaftshaus neue Kühlschränke. Außerdem müssen die Fenster in der Küche ausgetauscht werden. Auch diese Mittel sind aufgenommen worden.
In **Obermöllrich** sind Arbeiten auf dem Friedhof geplant sowie die Instandsetzung der Friedhofshalle.
Am **Multifunktionshaus in Rothhelmshausen** sollen außerdem neue Fenster eingebaut werden.

Bei allen Schwierigkeiten dürfen wir nicht vergessen, woher Fritzlar kommt. Von 2013 bis 2023 konnte die Stadt in jedem Jahr einen Überschuss im ordentlichen Ergebnis ausweisen. Auch im Hessentagsjahr 2024 fiel das Jahresergebnis deutlich besser aus als zunächst geplant. Statt der ursprünglich erwarteten 6,3 Millionen Euro lag das Defizit nach vorläufigem Jahresabschluss bei rund 1,6 Millionen Euro. Für das Jahr 2025 weist der vorläufige Abschluss ein positives Ergebnis von rund 190.000 Euro aus – dieser Abschluss wird Ihnen im Dezember vorgelegt. Das alles zeigt: Fritzlar hat in der Vergangenheit wirtschaftlich solide gearbeitet. Wir starten also nicht aus einer Situation heraus, in der die Stadt finanziell handlungsunfähig wäre – und haben damit einen erheblichen Vorteil gegenüber anderen Kommunen.
Aber wir dürfen uns auf dieser Vergangenheit auch nicht ausruhen oder uns aufgrund der bilanziellen Rücklagen in Sicherheit wiegen. Unser Ziel für 2027 ist auch, die finanzielle Leistungsfähigkeit zukünftiger Generationen zu schützen. Es ist einfach, den Bürgern unserer Stadt neue Projekte zu versprechen. Es ist auch einfach, zusätzliche Leistungen anzubieten. Schwieriger ist es, Prioritäten zu setzen und auch einmal zu sagen: Das können wir uns derzeit nicht leisten. Nicht alles was sich gut anhört ist auch bezahlbar, denn es kommen weitere Aufgaben auf uns zu: bisher kirchlich geführte Friedhöfe sollen in 2027 städtisch bewirtschaftet werden, der bereits ausgeführte Breitbandausbau sowie die Anpassungen an den Klimaschutz und kommunale Wärmeplanung.

**Bevölkerungsschutz und Krisenprävention** sind aktuelle Themen und stehen besonders im Fokus kommunaler Zuständigkeiten. Zu den beiden letzten Themen plane ich mit dem Herrn Stadtverordnetenvorsteher im I. Quartal 2027 eine Bürgerversammlung in der Stadthalle. Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordnete, Fritzlar steht finanziell vor anspruchsvollen Jahren, lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Fritzlar finanziell solide bleibt, seine Aufgaben erfüllen kann und gleichzeitig den Mut behält, in die Zukunft zu investieren.
Die Haushaltssatzung 2027 und das Investitionsprogramm sind hiermit eingebracht. Ich wünsche Ihnen und uns gute Beratungen.